

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **10.12.2020** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/Rat/032

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:27 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:23 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:30 Uhr

Anwesend: **Ratsvorsitzende**

Weilert-Penk, Christa

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja
Apel, Robert
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Dralle, Karl-Heinz
Dreeskornfeld, Thomas
Frick, Anne
Gersemann, Christiane
Gottschalk, Niklas
Heyna, Sonja
Hinz, Arne
Hinz, Gerald
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kirstein, Lukas
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Meinig, Birgit
Meyer, Andreas
Morch, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Perkun, Katrin
Plaß, Barthold
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn

Verwaltung

Zschoch, Mirco

Giere, Janna
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke
Voutta, Jens

öffentlicher Teil

bis einschließlich Top 7

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Ehrung von Verstorbenen
2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.10.2020
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Verabschiedung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes
6. Berufung zur Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: BV 2020 1456
7. Ernennung des stellv. Stadtbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1391
8. Durchführung des Projektes 2. Chance, Antrag der Gruppe SPD -B'90/Die Grünen - WGS - FreieBurgdorfer vom 17.09.2020
Vorlage: A 2020 1394
- 8.1. Durchführung des Projektes 2. Chance, Antrag der Gruppe SPD -B'90/Die Grünen - WGS - FreieBurgdorfer vom 17.09.2020
Vorlage: BV 2020 1394/1
9. Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: BV 2020 1389
10. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2020 1401
11. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2020 1402
12. Dauerhafte Unterstützung des VVV bei der Gestaltung von Kulturarbeit in der Stadt Burgdorf, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-WGS-B'90/Die Grünen-CDU-FDP Fraktionen im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.11.2020
Vorlage: A 2020 1439

13. Antrag Sport- und Schützenverein Schillerslage von 1963 e.V. - Ergänzung der Sportförderrichtlinien der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1304
- 13.1. Antrag Sport- und Schützenverein Schillerslage von 1963 e.V. - Ergänzung der Sportförderrichtlinien der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1304/1
14. KiTa Südsterne Gruppe "Kunterbunt" - Umwidmung einer Stelle, Antrag der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-Freie Burgdorf vom 24.11.2020 gemäß Geschäftsordnung
Vorlage: A 2020 1448
15. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416
- 15.1. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/1
- 15.2. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/2
- 15.3. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/3
16. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1412
- 16.1. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022 - 2. Änderungsliste
Vorlage: BV 2020 1412/2
- 16.2. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022 - 3. Änderungsliste
Vorlage: BV 2020 1412/3
17. Entwurf Investitionsprogramm 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1413
- 17.1. Investitionsprogramm 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1413/1
18. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1440
- 18.1. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1440/1
- 18.2. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1440/2
19. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: BV 2020 1341
- 19.1. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/1

- 19.2. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/2
- 19.3. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/3
- 19.4. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/3/1
- 19.5. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/5
- 20. Beisetzungen auf Stadtteilfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 22.04.2020
Vorlage: A 2020 1249
- 20.1. Beisetzungen auf Stadtteilfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" (Bezug: A 2020 1249)
Vorlage: BV 2020 1249/1
- 21. Die Stadt Burgdorf wird ein Sicherer Hafen, Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-FreieBurgdorfer vom 26.10.2020
Vorlage: A 2020 1426
- 21.1. Seebrücke fördert Schlepper, Antrag gem. Geschäftsordnung der AfD-Fraktion vom 04.11.2020
Vorlage: A 2020 1426/1
- 22. Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Kita-Platzvergabeverfahren, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft für Burgdorf FreieBurgdorfer
Vorlage: A 2020 1397
- 23. Digitale Demokratie auch in Burgdorf - Bürgerbeteiligung modernisieren, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 10.10.2020
Vorlage: A 2020 1408
- 24. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.10.2020
Vorlage: A 2020 1419
- 25. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2020 1432
- 26. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Vertraulicher Teil

- 1. Mitteilung des Bürgermeisters über anzeigepflichtige Nebentätigkeiten
Vorlage: M 2020 1371

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Ehrung von Verstorbenen

Frau Weilert-Penk rief zur Ehrung der kürzlich verstorbenen Bürgermedaillenträger Manfred Dunker und Kurt Fuchs auf.

Manfred Dunker war von 2006 - 2016 Mitglied im Ortsrat Schillerslage und von 2011 bis 2016 zugleich Ortsbürgermeister. Als Vorsitzender und Unterstützer vieler Vereine habe er sich kreativ und mit Ideenreichtum für die Belange der Stadt eingesetzt. 2009 wurde er mit der Bürgermedaille der Stadt Burgdorf ausgezeichnet.

Zur Ehrung von Herrn Kurt Fuchs übergab **Frau Weilert-Penk** das Wort an Herrn Pollehn.

Herr Pollehn beschrieb die Lebensgeschichte des Herrn Kurt Fuchs und hob dabei insbesondere sein besonderes und vielfältiges Engagement für die Feuerwehr hervor, in die er bereits mit 13 Jahren eintrat, 14 Jahre als Stadtbrandmeister diente und 1986 dafür die Ehrenstadtbrandmeisterwürde verliehen bekam. Herr Fuchs erhielt für seine bemerkenswerten Dienste im Jahre 2003 die Bürgermedaille der Stadt Burgdorf.

Herr Pollehn bat die Anwesenden, sich zu erheben und der Verstorbenen zu gedenken.

2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 16:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Ehrenratsmitglieder Herrn Karl Heinz Meyer und Herrn Walter Wunderam.

Frau Weiler-Penk gratulierte allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Weiter stellte sie fest, dass die Ratsherren Stefan Lentz und Michael Fleischmann abwesend sind. Herr Lentz habe sich entschuldigt.

Frau Weiler-Penk teilte mit, dass seitens der Verwaltung folgende Änderungswünsche bestünden:

1. Absetzung der Tagesordnungspunkte 19 bis einschließlich 19.5:

Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes.

Die Mehrheitsgruppe hat in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 03.12.2020 weitergehenden

Beratungsbedarf angemeldet. Ggf. soll die rechtliche Klärung abgewartet werden.

2. Absetzung der Tagesordnungspunkte 20 und 20.1:

Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 22.04.2020

Die Verwaltung hat in der Sitzung des Verwaltungsausschusses einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Eine entsprechende Ergänzungsvorlage wird zur politischen Beratungen Anfang des kommenden Jahres eingebracht.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 29.10.2020

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 29.10.2020 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

5. Verabschiedung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes

Frau Weilert-Penk würdigte die jahrzehntelange vorbildliche und verantwortungsbewusste Arbeit des zu verabschiedenden Leiters des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Jens Voutta. **Frau Weilert-Penk** beschrieb seine berufliche Laufbahn von der Verwaltungslehre 1972 bis heute und lobte insbesondere seine Dienste als Rechnungsprüfer, auf dessen Ergebnisse sich der Rat stets habe verlassen können.

Sie dankte Herrn Voutta auch im Namen des Rates für 48 Jahre engagierte Verwaltungstätigkeit und übergab das Wort dem Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten, Herrn Gerald Hinz.

Herr Gerald Hinz lobte besonders die Verlässlichkeit der Aussagen des Rechnungsprüfungsamtes, auf das sich der Rat stets habe verlassen können. Dabei seien die Prüfergebnisse nicht nur für die Fassung von Beschlüssen entscheidend gewesen, sondern dienten gleichzeitig auch als Grundlage für korrektes Verwaltungshandeln. Er dankte ihm für seine besonderen Dienste für den Rat und die Stadt Burgdorf und übergab Herrn

Voutta einen Präsentkorb.

Herr Voutta dankte für die lobenden Worte und die entgegengebrachte Wertschätzung. Der Abschied falle ihm sehr schwer und er freue sich, sich trotz Corona persönlich vom Rat verabschieden zu können. Er dankte für das gute Arbeitsklima und die gute Zusammenarbeit. Seiner Nachfolgerin Frau Piel wünschte er viel Erfolg und bot an, bei Fragen auch als Ruheständler noch zur Verfügung zu stehen.

**6. Berufung zur Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: BV 2020 1456**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Frau Anja Piel wird mit Wirkung vom 01.03.2021 gem. § 154 Abs. 2 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zur Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

Frau Piel dankte für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und freut sich auf ihre neue Aufgabe als Rechnungsprüferin. Frau Piel dankte Herrn Voutta für sein großzügiges Angebot und sehe einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Burgdorf entgegen.

**7. Ernennung des stellv. Stadtbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1391**

Frau Neitzel berichtete von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Feuerwehrausschusses und bat den Rat ebenfalls um einstimmige Beschlussfassung.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, Herrn Florian Otto Bethmann mit Wirkung vom 1. Januar 2021 für die Dauer von sechs Jahren (bis zum 31.12.2026) zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf zu ernennen.

**8. Durchführung des Projektes 2. Chance, Antrag der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - FreieBurgdorfer vom 17.09.2020
Vorlage: A 2020 1394**

Die Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 wurden gemeinsam behandelt.

8.1. Durchführung des Projektes 2. Chance, Antrag der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - FreieBurgdorfer vom 17.09.2020
Vorlage: BV 2020 1394/1

Frau Gersemann fasste die bisherige Beratung in den Fachausschüssen zusammen und führte verschiedene Gründe für die steigende Zahl der Schüler an, die nicht regelmäßig die Schule besuchten. Dies habe große Auswirkungen auf das Sozialwesen, da Menschen ohne Schulabschluss überproportional oft von Arbeitslosigkeit bedroht und dadurch häufiger auf staatliche Transferleistungen angewiesen seien. Dies fordere spezifische Handlungskonzepte. Das Projekt 2. Chance könne vielen Jugendlichen Perspektiven aufzeigen. Die Finanzierung solle über den Jugendhilfekostenausgleich mit der Region Hannover erfolgen.

Herr Köneke schloss sich den Aussagen von Frau Gersemann unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Region Hannover an, machte dabei aber deutlich, dass nicht allen Jugendlichen ohne Schulabschluss der Weg in den Arbeitsmarkt versperrt bliebe. Gleichwohl sei dieser Weg wesentlich schwieriger für die Betroffenen.

Herr Nijenhof bemängelte, dass die jetzige Situation dazu führe, dass Jugendlichen in Uetze besser geholfen werde als Jugendlichen in Burgdorf. Der Antrag sei daher als Arbeitsauftrag zu verstehen. Die Region müsse ihren Beitrag leisten.

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Projekt 2. Chance wird gemäß Antrag der Rudolf-Bembenneck-Gesamtschule vom 29.06.2020 durchgeführt. Das Projekt ist über den Jugendhilfekostenausgleich mit der Region Hannover abzurechnen.

Nach Ablauf eines Jahres erfolgt eine Evaluation des Projektes und eine Berichterstattung der Verwaltung im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie.

9. Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: BV 2020 1389

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die 2. Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken an Parkscheinautomaten in der Stadt Burgdorf (ParkGO) wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2020 1389 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügten) Fassung erlassen.

10. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2020 1401

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die 22. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2020 1401 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung zu erlassen.

**11. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2020 1402**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 14.12.2017 in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2020 1402 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage C) beigefügten Fassung zu erlassen.

**12. Dauerhafte Unterstützung des VVV bei der Gestaltung von Kulturarbeit in der Stadt Burgdorf, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-WGS-B'90/Die Grünen-CDU-FDP Fraktionen im Rat der Stadt Burgdorf vom 04.11.2020
Vorlage: A 2020 1439**

Das Ratsmitglied Karl-Ludwig Schrader unterlag einem Mitwirkungsverbot nach § 41 NKomVG und begab sich für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauerraum.

Herr Gerald Hinz machte deutlich, dass gerade die Corona-Pandemie zeige was fehle, wenn keine Kultur stattfinden könne. Er erinnerte daran, dass die Geschäftsführung des VVV früher bei der Stadt angesiedelt war und erst später in den Verein überführt worden sei. Seither habe der Verein viele erfolgreiche Veranstaltungen organisiert. Bisher werde dem VVV ein Zuschuss i. H. v. 50.000 € jährlich gewährt. Die nun im Antrag genannten 75.000 € jährlich dienten dabei der Finanzierung der Personalkosten, so dass in der Stadt weiterhin eine hervorragende Kulturarbeit stattfinden könne, die nicht aus der Verwaltung heraus geleistet werden müsse. **Herr Hinz** freute sich über die breite Unterstützung des Antrages aus dem Ratskollegium.

Herr Köneke sprach die Problematik an, dass auch gut wirtschaftende Unternehmen häufig an einem Generationenwechsel in der Geschäftsführung scheiterten. Für den Generationenwechsel im VVV seien daher finanzielle Anreize zur Unterstützung geschaffen worden und es wäre unklug, diese nun abzubrechen. Der VVV sei dabei kein Verein wie jeder andere, eine hauptamtliche Geschäftsführung müsse weiterhin installiert sein.

Der Rat fasste mit 30 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Dem VVV wird, wie im Antrag aufgeführt, im Jahr 2021 ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 12.500 € sowie ab 2022 ein jährlicher Gesamtzuschuss in Höhe von 75.000 € gewährt.

13. Antrag Sport- und Schützenverein Schillerslage von 1963 e.V. - Ergänzung der Sportförderrichtlinien der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1304

Die Tagesordnungspunkte 13 und 13.1 wurden gemeinsam behandelt.

13.1. Antrag Sport- und Schützenverein Schillerslage von 1963 e.V. - Ergänzung der Sportförderrichtlinien der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1304/1

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Sportförderrichtlinien der Stadt Burgdorf werden im Punkt 3.4 um die Position 5 – Liegeplätze für Segelboote erweitert. Der Zuschuss für die Position 5 sind 550,00 € jährlich.

14. KiTa Südsterne Gruppe "Kunterbunt" - Umwidmung einer Stelle, Antrag der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-Freie Burgdorf vom 24.11.2020 gemäß Geschäftsordnung
Vorlage: A 2020 1448

Die Sitzung wurde von 16:53 bis 17:04 Uhr unterbrochen, um den Sitzungssaal zu lüften.

Frau Gersemann beschrieb die Situation einiger Kinder, die in größeren Kiga-Gruppen überfordert seien und einen besonderen Hilfebedarf hätten. Rückblickend beschrieb sie, dass der Ausschuss sich vor sieben Jahren schwergetan habe, als die pädagogischen Fachkräfte ihnen den Bedarf einer Fördergruppe nahebrachten, da die Gründung einer solchen Gruppe damals pädagogisch nicht geboten gewesen sei. Der Jugendhilfeausschuss habe sich dennoch dafür ausgesprochen, was sich nach regelmäßigen positiven Berichten aus den Reihen der Fachkräfte als richtige Entscheidung erwiesen habe. Gleichwohl sei die aktuelle Situation in der Gruppe untragbar. Es fehle an allen Ecken und Enden und Kinder müssten häufig zuhause bleiben, was hier nicht auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sei, sondern weil zu wenig pädagogisches Fachpersonal zur Verfügung stünde. Gerade vor dem Hintergrund, dass viele der Kinder bald in die Schule wechselten, erfordere die Situation schnelles Handeln für einen positiven Schulstart. Mit der Einstellung von zwei Sozialpädagog*innen fördere man diese Kinder und zolle allen Beteiligten den nötigen Respekt für ihre schwierige Arbeit.

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die beiden pädagogischen Fachkraftstellen in der Gruppe „Kunterbunt“ in der KiTa Südsterne werden als Sozialpädagogenstellen der Entgeltstufe S11b im Stellenplan 2021/2022 ausgewiesen.

15. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416

Die Tagesordnungspunkte 15 bis 15.3 wurden gemeinsam behandelt.

15.1. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/1

15.2. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/2

15.3. Stellenplan 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1416/3

Herr Gerald Hinz führte aus, dass seine Gruppe keine Stellen verwehren wolle, die die Stadtverwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötige. Er ging dabei auf zwei Punkte ein. Zum einen könne eine an die Wirtschaftsbetriebe ausgelagerte Stelle trotz einer Deckelung der Stellen bis 2022 neu besetzt werden. Dies stelle seiner Meinung nach eine „Milchmädchenrechnung“ dar, da die Kosten letztlich über die Transferleistungen auf die Stadt zurückkämen. Als zweiten Punkt ging er auf die ¼ Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit ein, für die er sich ein Konzept wünsche, was genau von dieser Stelle kommuniziert werden solle. Sobald dieses Konzept vorliege, könne die Stelle über den Verwaltungsausschuss freigegeben werden.

Herr Köneke teilte mit, dass seine Gruppe grundsätzlich mit dem Stellenplan einverstanden sei. Bei der Wiederbesetzung ausgelagerter Stellen solle darauf geachtet werden, dass dies nicht zu Trickereien führe. **Herr Köneke** wünsche sich durch die Verwaltungsleitung eine Erhöhung der Motivation, um ein besseres Arbeiten möglich zu machen und dadurch das exorbitante Stellenwachstum zu bremsen. Letztlich betonte er, dass sich die Stadt Burgdorf auf einem guten Weg befinde und die Gruppe dem Stellenplan zustimmen werde.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Als Bestandteil des Haushaltsplanes 2021/2022 werden die dem Originalprotokoll als Anlage D und E beigefügten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 beschlossen.

16. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1412

Die Tagesordnungspunkte 16 bis 16.2 wurden gemeinsam behandelt.

16.1. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022 - 2. Änderungsliste
Vorlage: BV 2020 1412/2

16.2. Entwurf Haushaltssatzung 2021 / 2022 - 3. Änderungsliste
Vorlage: BV 2020 1412/3

Die Haushaltsrede von **Herrn Gerald Hinz** ist dem Protokoll als **Anlage 1**

beigefügt.

Herr Köneke dankte allen Beteiligten für die Vorlage eines schlüssigen Haushaltskonzeptes in bewährter Form, bedauerte jedoch, dass die Haushaltszahlen nicht so positiv seien wie erhofft. Die Defizite im eingebrachten Ergebnishaushalt seien mit 14,6 Mio. Euro bzw. 17,1 Mio. Euro erschreckend hoch. Auch die im Vergleich zum Jahre 2020 leicht erhöhten Ansätze von je 69 Mio. Euro bei den Erträgen brächten nicht genügend Erleichterung. Dadurch sowie durch noch nicht feststehende Schlüsselzahlen und einer ungewissen Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen befürchte er böse Überraschungen für die Stadt Burgdorf in den kommenden Jahren. Außerordentliche Erträge spielten haushalterisch ebenfalls eine Rolle, seien aber nicht zum Ausgleich eines defizitären Haushaltes geeignet. Die Stadt Burgdorf habe bisher mit Baulandverkäufen gute Geschäfte gemacht, diese seien jedoch nie zu den Investitionen geflossen, sondern immer im Ergebnishaushalt abgebildet worden. **Herr Köneke** führte aus, dass insbesondere die drei Blöcke Personalkosten, Kosten für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen genauer betrachtet wurden. Diese drei Blöcke machten insgesamt ein Volumen von 74 Mio. Euro für 2021 und 77 Mio. Euro für 2022 aus und stellen damit 90 % des gesamten Aufwandes dar, welcher wiederum um fast 10 Mio. Euro über den Erträgen läge. Laut Finanzbericht werde die Prognose für das Jahr 2020 bei diesen drei Blöcken um 5,9 Mio. Euro günstiger ausfallen, als im Plan angegeben. Es sei nun Aufgabe der Verwaltung diese Ansätze deutlich zu verringern. Letztlich ging er noch auf die Aussage von Herrn Hinz ein, dass dies der schlechteste Haushalt seit 25 Jahren sei, hob aber hervor, dass bereits geschafft wurde, den Haushalt jährlich um ca. 3 Mio. Euro zu verbessern. Ziel sei es jetzt, die Aufwendungen weiter zu reduzieren. Weiter führte er aus, dass die Bewirtschaftung des städtischen Immobilienbestandes bislang ein Schwachpunkt gewesen sei. Insbesondere bei den Schulgebäuden, welche hauptsächlich aus den 1970er Jahren stammen, gebe es einen erheblichen Investitionsstau und damit einhergehenden finanziellen Nachholbedarf. **Herr Köneke** bedauerte in diesem Zusammenhang, dass die Stelle der Leitung der Gebäudewirtschaft nicht neu besetzt werden konnte. Dies führe dazu, dass die Gebäudewirtschaft weniger umsetzen könne, als bei voller personeller Stärke zu erwarten gewesen wäre. Auch die Stelle des Klimaschutzmanagers werde voraussichtlich nicht zum Beginn 2021 besetzt werden können. Dies habe zwar einerseits eine Einsparung von Personalkosten zur Folge, Sorge gleichzeitig aber auch dafür, dass weniger Projekte umgesetzt würden. **Herr Köneke** verwies noch auf ein Investitionsvolumen von 40 Mio. Euro für bereits geplante Projekte, welches die Stadt Burgdorf noch vor sich herschiebe. Er bezweifelte, dass dieses Investitionsvolumen in den kommenden Jahren abgebaut werden könne. **Herr Köneke** wünschte sich für den kommenden Doppelhaushalt bessere Zahlen und ermutigte die Verwaltung, die Zahlen nochmal deutlich anzufassen.

Herr Gerald Hinz ging auf zwei Punkte der Rede von Herrn Köneke ein. Zunächst stellte er klar, dass außerordentliche Erträge zwar nicht mit ordentlichen Abschreibungen saldiert würden, durch den Verkauf eigenen Vermögens, bzw. die Wertschöpfung aus Umwandlung von Acker- in Bauland, jedoch als Ausgleich der ordentlichen Abschreibungen angesehen werden könnten. Der zweite Gedanke betreffe die Reduzierung der Ansätze des Haushaltes, welche letztendlich lediglich hieße, dass die Jahresabschlüsse künftig nicht mehr so gut aussähen wie in der Vergangenheit. Die geplanten und nicht realisierbaren Projekte der Gebäudewirtschaft stellten dadurch keine echte Reduzierung, sondern vielmehr eine Vorwegnahme des Abschlusses dar. Es sei nicht zielführend alles zu planen was möglich sei, wenn nicht genügend Personal zur Verfügung stünde, um die geplanten Projekte umzusetzen.

Herr Köneke dankte Herr Hinz für den Hinweis bezüglich der Abschreibung. Hier bestünde jedoch ein Sonderfall, welchen er anhand des Beispiels der IGS ausführte. Die Abschreibungen für die neu gebaute IGS seien höher als die Abschreibungen aller anderen Burgdorfer Schulen zusammengerechnet. Grund dafür sei, dass die bisherigen Schulen bei Einführung der Doppik bereits älter waren, was zu niedrigeren Abschreibungen geführt habe. Neubauten führten im Gegensatz dazu zu wesentlich höheren Abschreibungen, welche den Haushalt wiederum stärker belasteten. Einige Abschreibungen stünden dabei noch aus und würden den Haushalt erst zu einem späteren Zeitpunkt belasten. Dadurch sehe er, so **Herr Köneke**, weitere erhebliche finanzielle Belastungen auf den Burgdorfer Haushalt zukommen.

Herr Dreeskornfeld bemängelte an den Beispielen IGS mit Sporthalle und Rathaus Marktstraße übersteuerte Investitionskosten. Besonders erschrocken hat er sich über den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gezeigt, welcher ein Defizit von 8,25 Mio. Euro für 2021 und 11 Mio. Euro für 2022 ausweise. Dies bedeute, die Stadt sei nicht in der Lage, das eigene Tagesgeschäft zu finanzieren. Die Liquiditätskredite i. H. v. 15 Mio. Euro würden sich bis 2025 auf insgesamt 75 Mio. Euro steigern. **Herr Dreeskornfeld** prangerte weiter die Ausgaben von 125.000 € für 200 LED-Lampen in der Stadtbücherei an und bezweifelte den Einsparungseffekt. Die vielen Diskussionen in Arbeitsgruppen hätten keine ausreichenden Vorschläge gebracht, um den Haushalt wirksam zu konsolidieren. Zudem bedauerte **Herr Dreeskornfeld**, dass die Mehrheitsgruppe eigene Vorschläge oftmals unzureichend begründe, gut argumentierte Anträge der FDP dagegen als unbegründet zurückweise. Er sprach hier insbesondere den Antrag zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung an.

Herr Hartmut Braun ging zunächst auf den Vorwurf ein, die Mittel für das Klimaschutzmanagement seien unbegründet und es gebe keine konkreten Ideen. Er stellte klar, dass damit zum einen versucht werden solle, dem Klimaschutzmanagement mehr Möglichkeiten einzuräumen, um aktiv zu werden, und zum anderen solle das Geld möglichst effektiv eingesetzt werden, so dass möglichst viele Fördergelder generiert werden könnten. Die Ankündigung der Landesregierung, weitere Fördermaßnahmen zu planen, stimme ihn zuversichtlich, dass hier viel erreicht werden könne. Insgesamt sei die Haushaltsdiskussion sehr konstruktiv gewesen und der Haushalt zukunftsorientiert aufgestellt.

Herr Gerald Hinz stellte Herrn Dreeskornfeld gegenüber klar, dass die Mehrheitsfraktion sich nicht gegen eine Verstärkung der Wirtschaftsförderung verweigere. Vielmehr solle die Verwaltung ein eigenes Konzept erarbeiten, wie die Wirtschaftsförderung am besten gestärkt werden könnte.

Die Haushaltsrede von **Herrn Jens Braun** (AfD-Fraktion) ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Herr Dr. Kaefer ging auf die neue Aufteilung in fünf Teilhaushalte ein, die seiner Ansicht nach keine bessere Übersichtlichkeit brächte. Die Erläuterungen in den Fachausschüssen sowie durch Frau Vierke hätten dafür alle Fragen ausreichend beantwortet, hierfür sprach er seinen Dank aus. Aus dem Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau brachte er das Versprechen mit, dass der Haushalt in den kommenden Jahren weiter an Übersichtlichkeit und Verständlichkeit gewinnen werde. **Herr Dr. Kaefer** dankte der Verwaltung, die WGS werde der Vorlage zustimmen.

Herr Nijenhof dankte Herrn Hinz für seine Haushaltsrede und schloss sich dieser vollumfänglich an. Zu Herrn Köneke gerichtet bemängelte er ein traditi-

onell-politisches Abstimmungsverhalten der CDU/FDP-Gruppe, das nicht lösungsorientiert ausgerichtet sei. Vielmehr würden Anträge schon aufgrund dessen abgelehnt, weil sie vom politischen Gegner kämen. Die Mehrheitsgruppe versuche dagegen Anträge aller Couleur zu diskutieren und an Lösungen zu arbeiten. Dies sei sein Verständnis von Politik und er freue sich auf den Tag, an dem auch die CDU und die FDP anfangen, aktiv mitzugestalten.

Herr Schulz erläuterte die Problematiken bei der Aufstellung von Haushalten und die darauffolgenden Genehmigungen durch die Kommunalaufsicht und hob die Vorteile des Doppelhaushaltes hervor, welcher der Verwaltung mehr Planungssicherheit gebe. Berichtigend erwiderte er Herrn Köneke, dass Abschreibungen nicht kassenwirksam seien. An Herrn Dreeskornfeld gerichtet fragte er, wofür ein Wirtschaftsförderer benötigt werde, wenn innovative Ideen aus der Verwaltung fehlten. **Herr Schulz** erwartete für die Abstimmung über den Doppelhaushalt eine breite Mehrheit.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die dem Originalprotokoll als Anlage F beigefügte

**Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für die Haushaltsjahre
2021/2022**

wird beschlossen.

**17. Entwurf Investitionsprogramm 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1413**

Die Sitzung wird zum Lüften von 18:24 bis 18:35 Uhr unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte 17 und 17.1 wurden gemeinsam behandelt.

**17.1. Investitionsprogramm 2021 / 2022
Vorlage: BV 2020 1413/1**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Gem. § 58 Abs. 1 Ziff. 9 NKomVG wird das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 in der sich aus der Anlage G zum Originalprotokoll ergebenden Fassung beschlossen.

**18. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1440**

Die Tagesordnungspunkte 18 bis 18.2 wurden gemeinsam behandelt.

18.1. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022

**18.2. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022
Vorlage: BV 2020 1440/2**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 110 Abs. 8 NKomVG wird das dem Originalprotokoll als Anlage H beigefügte

Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2021 und 2022

in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2021/2022 ergibt, beschloss-
sen.

Der Rat nimmt den Haushaltssicherungsbericht 2019 sowie die Liste der freiwilligen Leistungen zur Kenntnis.

**19. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: BV 2020 1341**

-abgesetzt-

**19.1. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/1**

-abgesetzt-

**19.2. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/2**

-abgesetzt-

**19.3. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/3**

-abgesetzt-

**19.4. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes
Vorlage: M 2020 1341/3/1**

-abgesetzt-

- 19.5. Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Durchführung des Burgdorfer Wochenmarktes**
Vorlage: M 2020 1341/5
-

-abgesetzt-

- 20. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde", Antrag der SPD-Fraktion im Rat vom 22.04.2020**
Vorlage: A 2020 1249
-

-abgesetzt-

- 20.1. Beisetzungen auf Stadtteilmfriedhöfen "Freigabe für Ortsfremde" (Bezug: A 2020 1249)**
Vorlage: BV 2020 1249/1
-

-abgesetzt-

- 21. Die Stadt Burgdorf wird ein Sicherer Hafen, Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-FreieBurgdorfer vom 26.10.2020**
Vorlage: A 2020 1426
-

Herr Pollehn bat für die Debatte zu bedenken, dass dieser Antrag ein deutschland- und europaweites Thema betreffe. Er wies dazu insbesondere auf vier Punkte hin: 1. Deutschland habe bereits überdurchschnittlich mehr Flüchtlinge als andere europäische Staaten aufgenommen. 2. Die Aufnahme von Flüchtlingen sei ein Verständnisprozess mit den europäischen Nachbarstaaten. 3. Es sollen keine weiteren falschen Anreize gesetzt werden. 4. Wenn Burgdorf mehr Flüchtlinge aufnehme, als der Königsteiner Schlüssel vorsehe, würden andere Kommunen entsprechend weniger bekommen. Damit würde das eigentlich Ziel des Antrages verfehlt.

Herr Arne Hinz erläuterte anhand einiger Beispiele die bisher gelungene Integration in Burgdorf. Er machte deutlich, dass dieser Antrag dazu diene, Menschenleben zu retten, Fluchtursachen zu bekämpfen und geflüchteten Menschen in dieser Stadt eine Zukunft zu geben. Dieses Netzwerk von Kommunen in ganz Deutschland gehe dabei einen Schritt weiter als der Verteilungsschlüssel. Er ging auf die dramatische Situation in den Flüchtlingscamps ein und sah es als Pflicht an zu handeln. Im ersten Schritt gehe es um die Aufnahme von Flüchtlingen, im zweiten Schritt gehe es darum, Solidarität mit den anderen deutschen Kommunen und der europäischen Gemeinschaft zu zeigen und einen Beitrag zu leisten. Die Menschen an den EU-Außengrenzen dürften nicht alleine gelassen werden. Dieser Antrag bringe die Chance, einen positiven Einfluss auf die unwürdige Situation dieser Menschen zu nehmen.

Frau Weilert-Penk wies darauf hin, das sich durch Annahme des Antrags

der Gruppe SPD-B'90/Die Grünen-WGS-FreieBurgdorfer zu TOP 21 der Gegenantrag der AfD-Fraktion unter TOP 21.1 automatisch erledigt.

Die Sitzung wird zur Klärung der Behandlungsreihenfolge der Tagesordnungspunkte 21 und 21.1 von 18:48 bis 18:58 Uhr unterbrochen.

Herr Pollehn erläuterte das Prozedere zur Behandlung und Abstimmung der vorliegenden Anträge und machte deutlich, dass Wortbeiträge zur Sache trotzdem möglich sind.

Herr Jens Braun bemängelte, dass dieselben Parteien, die Wohnungsknappheit und fehlende Kitaplätze beklagten, nun das Flüchtlingsdesaster von 2015 wiederholen wollten. Der Antrag der AfD basiere auf Logik und fordere die Einhaltung bestehenden Rechts. Er führte Nachteile der Seebrücke auf, die als humanitärer Akt verkauft würde, stattdessen aber „Tod und Verderben“ bringe. Menschenschlepper müssten zur Rechenschaft gezogen werden, statt staatliche Förderung zu erhalten.

Herr Knauer ging auf die Aussagen des Bürgermeisters ein und fragte die CDU/FDP-Gruppe nach dem christlichen Gedanken. Öffentliche Empörung sei bisher nur von Herrn Zschoch im Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention geäußert worden. Er zeigte sich enttäuscht, dass die CDU der AfD auf den Leim gehe und damit der rechten Seite in die Karten spiele. **Herr Knauer** wünschte sich eine breite Zustimmung, auch aus den Reihen der CDU/FDP-Gruppe und verwies dabei auf anderen Kommunen, wo Parteikollegen der CDU/FDP-Gruppe ähnlichen Anträgen bereits zugestimmt hätten.

Herr Köneke erläuterte die Sicht der CDU/FDP-Gruppe auf den Antrag und ging dabei auf die Anfänge und die Entwicklung der Europäischen Union ein. In vielen Ländern Europas steige derzeit die Zahl rechter Parteien, die versuchten, die Gesellschaft zu spalten und Demokratie und die Europäische Union abzuschaffen. Es sei besondere Vorsicht geboten, es könne nicht nach dem Motto „An deutschen Wegen soll die Welt genesen“ vorgegangen werden. Das Schengen-Abkommen dürfe nicht gefährdet werden. Vielmehr müsse dafür gesorgt werden, dass die zugewiesenen Flüchtlinge weiterhin bestmöglich aufgenommen würden. Die CDU/FDP-Gruppe lehne den Antrag nicht aus Hartherzigkeit ab, sondern aufgrund der vorgenannten Gründe. Burgdorf habe bereits mehr getan als erwartet und will diese gute Flüchtlingsarbeit weiter leisten. Die CDU/FDP-Gruppe fühle sich flüchtlingspolitisch in der Mitte und beantworte diesen Antrag mit dem Kopf. Der Antrag der AfD-Fraktion dagegen werde nicht unterstützt.

Herr Apel erinnerte an das christlich-demokratische Selbstverständnis der CDU, welche durch die Flüchtlingspolitik im Jahre 2015 ein derartiges Erstarken der AfD überhaupt erst möglich gemacht habe. Weiter erinnerte er an den Parteifreund Manfred Dunker, der durch sein vorbildliches praktisches Handeln beispielgebend für ein christlich handelndes Menschenbild gewesen sei. Eine Entscheidung gegen diesen Antrag stelle keine moralische Minderwertigkeit dar. Gut gemeint sei nicht immer auch gut gemacht. Der Antrag gebe denen ein Forum, die die Gesellschaft spalten wollten, und dies wolle die CDU-Fraktion nicht unterstützen.

Herr Gerald Hinz beschrieb, dass sich die EU von einem zunächst rein wirtschaftlichen Zusammenschluss in eine Wertegemeinschaft gewandelt habe. Die südlichen Staaten der europäischen Union bräuchten jetzt Hilfe,

die von hier geleistet werden könne. Deutschland sei ein reiches Land mit ausreichend Platz, um Menschen aufzunehmen. **Herr Hinz** verwies auf die schlimmen Lebensumstände der Menschen, die zurzeit den Winter in Zelten überstehen müssten. Die Menschen seien willens, hier zu arbeiten und sich zu integrieren. Es handele sich dabei keineswegs um den Wunsch, in einer sozialen Hängematte zu landen. Die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen sei als Akt der Menschlichkeit zu verstehen und es dürfe sich nicht auf Regelwerke zurückgezogen werden.

Herr Nijenhof wies darauf hin, dass hier nicht über Wunschvorstellungen, sondern über einen klaren Antrag abgestimmt werde. **Herr Nijenhof** las die Begründung des Antrags vor und stellte fest, man könne gar nicht gegen diesen Antrag sein. Die Aussagen von Herrn Apel seien richtig, hätten aber nichts mit diesem Antrag zu tun. Rechtlich habe der Antrag keine Auswirkung auf die Verteilung vom Land. Dieses wüsste bei seiner Verteilung oberhalb der Quote jedoch, welche Kommunen bereit wären, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Burgdorf müsse nicht gezwungen werden, das Richtige zu tun.

Herr Sund freute sich, dass sich jetzt sachlich mit dem Thema beschäftigt werde. Haltung sei nicht nur auf Europa-, Bundes- und Landesebene wichtig, auch die Kommunen müssten bereit sein, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen und Haltung zu beziehen. Seiner Ansicht nach sei die Kommune gut beraten, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Dies sei eine humanistische Grundhaltung und er spreche sich klar für den Antrag aus.

Herr Paul reagierte auf die Aussage von Herrn Apel, dass gut gemeint nicht immer gut gemacht sei. Dies treffe im engeren Sinne auch auf den Artikel 1 des Grundgesetzes „die Menschenwürde ist unantastbar“ zu. Als grobes Ziel sei auch dieses schwer erreichbar. Hier gelte jedoch: Gut gemeint und gut gemacht, denn dieser Grundsatz gelte nicht nur in Deutschland, sondern auch im Mittelmeer. Die europäische Flüchtlingspolitik sei ein Skandal und dagegen müsse ein Zeichen gesetzt werden. Letztlich kritisiert **Herr Paul** weltverschwörerische Thesen, welche durch die AfD geäußert worden seien und widerspricht klar dem gerne vermittelten Gefühl, Rechtsradikale zählten zu der schweigenden Mehrheit in Deutschland.

Herr Morich schämte sich für die Diskussion heute im Rat und dankte dem Ratsherrn Arne Hinz für seinen Vortrag. Heute sei Politik mit Herz gefordert. Dieser Antrag solle grünes Licht für die Aufnahme weniger weiterer Flüchtlinge geben. Frau Merkel sagte im Jahre 2015 „wir schaffen das“ und habe damit recht behalten. Darauf könne man zu Recht stolz sein.

Herr Pollehn erwiderte zu Herrn Sund, er sei ebenfalls froh, dass dieses Thema nun im Rat diskutiert werde, habe bisher jedoch den Eindruck, dass ihm nichtchristliches Handeln untergeschoben werde und Argumente der CDU/FDP-Gruppe in die rechte Ecke gesteckt würden. Davor wolle er sich klar verwahren. Er könne die Gründe für den Antrag nachvollziehen, verwies aber auf seine besondere Verantwortung als Bürgermeister. Frau Dr. Merkel habe mit Engelszungen auf die Kommunen eingeredet, sich zurück zu halten. Als Wertegemeinschaft könne die europäische Union nur gemeinsam handeln und Lösungen erarbeiten. Herr Pollehn hätte sich eine Resolution gewünscht, die direkt in den Lagern ihre Wirkung entfalten könne. Diesem Antrag könne er, so wie er vorliege, dagegen nicht zustimmen und kündigte eine rechtliche Prüfung der Beschlussfassung an, sollte diese für den Antrag ausfallen.

Herr Nijenhof stellte klar, dass der Antrag nicht beinhalte, dass man über den Königsteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufnehmen wolle. **Herr Pol-lehn** fragte sodann nach dem Sinn des Antrags und verwies darauf, dass dies in der Begründung impliziert werde. Es folgte eine kurze Diskussion über die Auslegung des Antrages.

Der Rat fasste mit 20 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf wird ein sicherer Hafen und Unterstützt die Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“. Dazu tritt sie dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.

Die Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 21.1 hat sich damit erledigt.

**21.1. Seebrücke fördert Schlepper, Antrag gem. Geschäftsordnung der AfD-Fraktion vom 04.11.2020
Vorlage: A 2020 1426/1**

**22. Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Kita-Platzvergabeverfahren, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft für Burgdorf FreieBurgdorfer
Vorlage: A 2020 1397**

Herr Nijenhof verwies darauf, dass hier ein Grundsatzbeschluss zu fassen sei, der einen Arbeitsauftrag für die Verwaltung enthalte. Er und seine Kollegen seien mehrfach von Eltern angesprochen worden, dass das bisherige Vergabeverfahren zu intransparent sei. Es sei nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien sich die Kitaplatzvergabe richte. Eine Vielzahl von Kommunen arbeite hier bereits mit einem Punktesystem, dies wäre auch für Burgdorf wünschenswert. Dafür habe **Herr Nijenhof** dem Antrag vier Vergabeverfahren unterschiedlicher Kommunen als Beispiel angefügt. **Herr Nijenhof** stellte klar, dass er sich hier einen direkten Beschluss über den Antrag wünsche und der Umweg über den Fachausschuss gespart werden solle. So könne die Verwaltung ohne Zeitverlust damit beginnen, ein entsprechendes Verfahren auszuarbeiten.

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Punktevergabesystem auszuarbeiten und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Sitzung wird zum Lüften von 19:47 bis 19:56 Uhr unterbrochen.

**23. Digitale Demokratie auch in Burgdorf - Bürgerbeteiligung modernisieren, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 10.10.2020
Vorlage: A 2020 1408**

Herr Paul forderte, dass bei Transparenz, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung noch mehr gemacht werden müsse. Gerade bei der Bürgerbeteiligung gebe es mit einem Open Source Tool zur Bürgerbeteiligung ein kostenloses Softwaretool, welches die Bürger frühzeitig einbinden könne. Es sei nun Aufgabe der Verwaltung, dieses mit Informationen zu füttern. Planungsvorhaben müssten mit einem breiten Dialog anfangen, um sich dann auf eine sachliche Lösung zu verengen. Hier biete sich eine großartige Möglichkeit, die Bürgerbeteiligung zu fördern und er bittet daher, den Antrag in den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten überwiesen.

**24. Klimaschutz als kommunale Aufgabe, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.10.2020
Vorlage: A 2020 1419**

Frau Heller berichtete von den zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise. Die bisherigen Anstrengungen aus dem vor fünf Jahren abgeschlossenen Pariser Klimaabkommen seien nicht mehr ausreichend. Klimaschutz betreffe uns alle und auch die kommunalpolitischen Ebenen müssten ihren Beitrag leisten. Die Fraktion B'90/Die Grünen fordere daher für Burgdorf das Ziel, schon bis 2035 bilanzielle Klimaneutralität zu erreichen. Ebenfalls hoffe Frau Heller, dass die Stelle der/des Klimaschutzmanager*in bald besetzt werden kann und bedauerte, dass der Vorschlag, die Stelle mit einem eigenem Budget i. H. v. 200.000 € auszustatten, von der Verwaltung als nicht ausreichend begründet abgelehnt wurde. Häufig bedürfe es nur kleiner Summen Geld, um weitere Förderungen zu erhalten, und an Ideen mangle es nicht. Der Antrag beinhalte konkrete Fördermöglichkeiten, **Frau Heller** bat daher um Überweisung in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau.

Abschließend hob **Frau Heller** noch ein konkretes Projekt des Niedersächsischen Städtetages hervor. Es handele sich um ein Modellprojekt zur Förderung kommunalen Klimaschutzes, für welches der Niedersächsische Städtetag Mitglieder suche, die bereit seien, in einem innovativen Entwicklungsprozess zur Unterstützung und Beschleunigung des kommunalen Klimaschutzes durch SmartCity mitzuwirken und Bundesmittel für die Förderung einwerben möchten. Die Begleitung durch den Niedersächsischen Städtetag sei kostenlos und finanzschwache Kommunen erhielten die Möglichkeit der Unterstützung mit bis zu 90 % der Summe durch die KfW-Bank. **Frau Heller** forderte die Verwaltung auf, sich bis zum Bewerbungsschluss am 15.01.2021 zu bewerben, ohne eine Beratung im Fachausschuss abzuwarten.

Herr Pollehn teilte mit, dass die Verwaltung sich bereits inhaltlich mit dem Thema SmartCity beschäftigt habe. Er gab aber zu bedenken, dass auch die nötigen personellen Kapazitäten zur Verfügung stehen müssten. Er habe bereits eine Abfrage in der Verwaltung geführt und werde dieses Thema weiter

verfolgen.

Frau Weilert-Penk bat um Abstimmung über die weitere Behandlung des Antrages.

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

**25. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2020 1432**

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- **Geldzuwendung in Höhe von 2.000,00 € an die Freiwillige Feuerwehr Heeßel vom Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Heeßel (im Laufe des Jahres sind bereits Spenden i. H. v. 3.000,00 € eingegangen),**
- **Sachzuwendung in Höhe von 2.494,00 € in Form von 1.500 Mund-Nasen-Schutzmasken an die GS Burgdorf vom Förderverein der GS Burgdorf,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 372,92 € in Form von Loungekissen an die GS Burgdorf vom Förderverein der GS Burgdorf,**
- **Sachzuwendung in Höhe von 612,21 € in Form einer Flügeldecke für den Bechstein-Flügel an die GS Burgdorf vom Förderverein der GS Burgdorf und**
- **Geldzuwendung in Höhe von 2.000,00 € an die Freiwillige Feuerwehr Ramlingen-Ehlershausen von Arnold Jäger (im Laufe des Jahres sind bereits Spenden i. H. v. 1.550,00 € eingegangen).**

26. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Herr Paul fragte nach, welche Straßen und Plätze der Region Hannover für ein Versammlungs- und Feuerwerksverbot an Silvester genannt werden.

Herr Pollehn antwortete, dass sich die Festlegung noch in der Beratung befinde. Insbesondere die Kontrolle eines solchen Verbotes stelle sich als schwierig dar.

Herr Nijenhof zeigte sich irritiert, da es in Burgdorf bereits vor Corona Feuerwerksverbote gegeben habe. **Herr Pollehn** berichtete, dass es ein solches Verbot bislang nicht gebe, zurzeit aber diskutiert werde. **Herr Nijenhof** erinnerte daran, dass es in der Vergangenheit bereits Brände aufgrund von Silvesterfeuerwerken gegeben habe. **Herr Pollehn** kündigte an, dass ein Feuerwerksverbot für bestimmte Straßenzüge für die kommenden Jahre in den entsprechenden Gremien gemeinsam beraten werden

solle.

Herr Köneke gab zu bedenken, dass es nach vielen gemeinsamen Stunden am Silvesterabend auf das gemeinsame Abbrennen von Feuerwerk nicht mehr ankäme. Er spreche sich gegen ein Verbot aus.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Frau Weilert-Penk schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:23 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin